

**Antragsbuch mit den Kommentierungen
der Antragskommission zur
Kreisdelegiertenversammlung der
SPD Mitte am 27.09.2025**

Inhaltsverzeichnis

L Anträge an den Landesparteitag 1

L1	Abt. 17 - Brunnenviertel	
L1 Erhalt des FEX-Halts am Bahnhof Gesundbrunnen		
<i>Annahme (Konsens)</i>		1
L2	Abteilung 16 - Grünes Dreieck	
L2 Sexuelle Belästigung in Fahrschulen bekämpfen und den Beruf für alle attraktiv machen		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		4
L3	Abt. 16 - Grünes Dreieck	
L3 „Der Führerschein darf kein Privileg sein – sozial gerecht und klimabewusst mobil in Berlin“		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		6
L4	Abt. 2 - Alexanderplatz	
L4 Sturzfrei durch die Stadt – für fahrradsichere Tramgleise in Berlin		
<i>Annahme (Konsens)</i>		10
L5	Abt. 04 - Luisenstadt	
L5 Umwidmung des 16. Bauabschnitts der A100 zu einer innerstädtischen Straße im BT-Verkehrsausschuss herbeiführen		
<i>Annahme (Kein Konsens)</i>		12
L6	Abt. 04 - Luisenstadt	
L6 Jetski-Wellenreiten auf Berliner Wasserstraßen untersagen		
<i>Annahme (Konsens)</i>		13
L7	Abt. 04 - Luisenstadt	
L7 Grüne Lungen Berlins nicht kollabieren lassen		
<i>Annahme (Konsens)</i>		14
L8	Abt 12 - Nord-Wedding	
L8 Teure Schuldenfalle stoppen – Dispozinsen gesetzlich begrenzen		
.		15
L9	Abt. 12 - Nord-Wedding	
L9 Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht		
<i>Annahme (Konsens)</i>		17
L10	Abt. 12 Nord-Wedding	
L10 Landespräventionsgesetz verwirklichen		
<i>Annahme (Konsens)</i>		19

L11	AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit	
L11 Clearingstelle stärken: Zugang zu medizinischer Versorgung für alle		
<i>Annahme (Konsens)</i>		21
L12	AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit	
L12 Koalitionsvertrag in Leichter Sprache		
		23
L13	AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit	
L13 Wahlprogramm in Leichter Sprache		
		24
L14	Abteilung 06 - Moabit-Nord	
L14 Verlagerung, Erweiterung und Neugestaltung der Bruno-Lösche-Bibliothek in Moabit		
<i>Annahme (Konsens)</i>		25
L15	Abt. 02 - Alexanderplatz	
L15 Keine Überwachung durch Palantir – Grundrechte schützen, demokratische Kontrolle stärken		
		27
L16	Abt. 02 - Alexanderplatz	
L16 „Für offene Grenzen: Rücknahme der stationären Grenzkontrollen – für ein solidarisches, vereintes Europa“		
<i>Annahme (Kein Konsens)</i>		29
L17	Abt. 16 - Grünes Dreieck	
L17 Wozu machen wir den Scheiss eigentlich? - Verbindliche Umsetzung und Nachverfolgung von Beschlüssen		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		31
L18	Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt	
L18 Einführung einer progressiven Leerstandssteuer		
		33

Ini Initiativanträge

35

Ini1 Susanne Fischer, Abt. 12 Mitzeichner: Maja Lasic, Abt. 9, Luca Tilly, Abt. 10. Mathias Schulz, Abt. 23

Ini1 Prävention stärken – soziale Infrastruktur sichern – Verstärkungsmittel erhalten!

Annahme (Konsens) **35**

Ini2 Jusos Mitte

Ini2 Ari bleibt im öffentlichen Raum – Für ein feministisches Erinnern an die Opfer sexualisierter Gewalt

. **38**

L Anträge an den Landesparteitag

L1

Abt. 17 - Brunnenviertel

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Erhalt des FEX-Halts am Bahnhof Gesundbrunnen

1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-
 2 schließen und der Landesparteitag möge be-
 3 schließen, die sozialdemokratischen Mitglie-
 4 der des Senats und des Abgeordnetenhaus-
 5 ses von Berlin werden beauftragt sich nach-
 6 drücklich bei den zuständigen Stellen – inklu-
 7 sive der zuständigen Stellen des Bundes, der
 8 Deutschen Bahn sowie des Verkehrsverbun-
 9 des Berlin-Brandenburg (VBB) – mit Nach-
 10 druck dafür einzusetzen, dass der Halt des
 11 Flughafenexpress (FEX) am Bahnhof Gesund-
 12 brunnen über Dezember 2025 hinaus erhal-
 13 ten bleibt. Dabei wird angeregt, die Mög-
 14 lichkeit zu prüfen, den Halt zumindest in ei-
 15 nem 40-Minuten-Takt (also mit jedem zwei-
 16 ten Zug) anzubieten, um die Verknüpfung
 17 zwischen dem Norden Berlins, und dem Flug-
 18 hafen BER zu sichern.

19

20 Begründung

21 Der Bahnhof Gesundbrunnen nimmt als
 22 multimodaler Verkehrsknotenpunkt im
 23 Norden Berlins eine herausgehobene Rolle
 24 ein. Hier treffen Regionalzüge, die Nord-
 25 Süd-Verbindung der S-Bahn, die Ringbahn
 26 und die U-Bahn-Linie U8 aufeinander. Der
 27 Bahnhof liegt in einem dicht besiedelten
 28 Stadtgebiet und ist zentraler Umsteige- und
 29 Ausgangspunkt für viele Bewohner*innen
 30 der nördlichen Bezirke und wird auch von
 31 Touristen geschätzt und genutzt.

32

33 Die aktuellen Planungen sehen vor, den Flug-
 34 hafenexpress (FEX) ab dem Fahrplanwechsel
 35 im Dezember 2025 nicht mehr am Bahnhof
 36 Gesundbrunnen halten zu lassen. Begründet
 37 wird dies unter anderem mit betrieblichen
 38 Verbesserungen und einer neuen Linienfüh-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-
 schließen und der Landesparteitag möge be-
 schließen, die sozialdemokratischen Mitglie-
 der des Senats und des Abgeordnetenhaus-
 ses von Berlin werden beauftragt sich nach-
 drücklich bei den zuständigen Stellen – inklu-
 sive der zuständigen Stellen des Bundes, der
 Deutschen Bahn sowie des Verkehrsverbun-
 des Berlin-Brandenburg (VBB) – mit Nach-
 druck dafür einzusetzen, dass der Halt des
 Flughafenexpress (FEX) am Bahnhof Gesund-
 brunnen über Dezember 2025 hinaus erhal-
 ten bleibt. Dabei wird angeregt, die Mög-
 lichkeit zu prüfen, den Halt zumindest in ei-
 nem 40-Minuten-Takt (also mit jedem zwei-
 ten Zug) anzubieten, um die Verknüpfung
 zwischen dem Norden Berlins, und dem Flug-
 hafen BER zu sichern.

39 rung über andere Bahnhöfe. Ziel ist es, den
40 BER häufiger und mit kürzerer Fahrzeit zu er-
41 reichen sowie Verspätungen zu verringern.

42

43 Dennoch droht mit dem Wegfall des FEX-
44 Halts Gesundbrunnen eine erhebliche Ver-
45 schlechterung der direkten Flughafenbin-
46 dung für viele Berliner*innen aus dem Norden
47 der Stadt.

48

49 Die Bedeutung des Bahnhofs Gesundbrun-
50 nen als FEX-Halt zeigt sich auch an den Fahr-
51 gastzahlen: 2024 nutzten rund 6.000 Men-
52 schen täglich den FEX am Bahnhof Gesund-
53 brunnen– eine Zahl, die belegt, dass der Halt
54 für die Nutzer*innen relevant ist und eine
55 wichtige Funktion besitzt. Viele Fahrgäste
56 schätzen zwar den Hauptbahnhof als zentra-
57 le Drehscheibe, empfinden jedoch das Um-
58 steigen dort als unübersichtlich und belas-
59 tend, insbesondere für Menschen mit Mobi-
60 litätseinschränkungen, Familien mit Kindern
61 oder ältere Menschen. Der Bahnhof Gesund-
62 brunnen hingegen ist übersichtlich, barrie-
63 rearm und weniger hektisch. Er bietet ei-
64 nen niedrighschwelligen Zugang für die An-
65 bindung an den Flughafen BER und entlastet
66 zugleich die Ein- und Umsteigefrequenz am
67 Hauptbahnhof.

68

69 Die Nord-Süd-Verbindungen und die direk-
70 te Erreichbarkeit aus weiten Teilen Wed-
71 ding, Pankow und Reinickendorf werden oh-
72 ne FEX-Halt am Gesundbrunnen deutlich ver-
73 schlechtert oder mit zusätzlichem Umsteige-
74 aufwand verbunden.

75

76 Darüber hinaus sprechen ökologische und so-
77 ziale Gründe für den Erhalt dieses Halts: Ein
78 attraktives, direktes und barrierefreies Ange-
79 bot ist entscheidend, um Menschen zum Um-
80 stieg vom Auto auf die Bahn zu bewegen und
81 die Mobilitätsgerechtigkeit in allen Teilen der
82 Stadt zu gewährleisten. Für den Zugverkehr
83 bedeutet es lediglich, die Erweiterung um ei-
84 nen Halt vom Hauptbahnhof zum Gesund-

85 brunnen.

86

87 Sollte die vollständige Beibehaltung des Halts
88 für alle FEX-Züge nicht umsetzbar sein, könn-
89 te als Kompromiss vorgeschlagen werden,
90 wenigstens jeden zweiten FEX am Bahnhof
91 Gesundbrunnen halten zu lassen. Dies wür-
92 de den Bedürfnissen der Berliner Bevölkerung
93 nach einer guten Anbindung deutlich entge-
94 genkommen, zugleich aber auch betriebliche
95 Erfordernisse berücksichtigen. Damit bliebe
96 Gesundbrunnen als wichtiger und stark fre-
97 quantierter Verkehrsknoten erhalten, ohne
98 das Gesamtsystem unverhältnismäßig zu be-
99 lasten.

100

101 Fazit:

102 Der Halt des FEX am Bahnhof Gesundbrun-
103 nen ist ein essenzieller Bestandteil einer ge-
104 rechten und leistungsfähigen Flughafen-
105 bindung für den Norden Berlins.

L2**Abteilung 16 - Grünes Dreieck****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Sexuelle Belästigung in Fahrschulen bekämpfen und den Beruf für alle attraktiv machen**

1 Die SPD setzt sich dafür ein die Fahrschul-
 2 ausbildung für alle sicher und chancengleich
 3 zu machen. Besonderes Augenmerk gilt dabei
 4 Mädchen und Frauen, die als Fahrschülerin-
 5 nen vor sexueller Belästigung geschützt wer-
 6 den sollten und als angehende Fahrlehrerin-
 7 nen gleiche Karrierechancen erhalten sollen.

8

Wir fordern:

10 1. Verbindliche Schutzkonzepte gegen sexuel-
 11 le Belästigung

12 - Einführung klarer Verhaltenskodizes - Schu-
 13 lungen für Fahrlehrerinnen und Fahrlehrern
 14 für eine sichere und respektvolle Ausbildung
 15 - Schaffung von anonymen Beschwerde- und
 16 Beratungsangeboten für Fahrschülerinnen
 17 mit verpflichtenden Informationen zu Beginn
 18 der Ausbildung - Kameras in Fahrschulautos
 19 - bei minderjährigen Schülerinnen verpflich-
 20 tend, darüber je nach Wunsch der Schüler*in
 21 (beides DSGVO-konform)

22

23 2. Gezielte Förderung von Frauen zum Beruf
 24 Fahrlehrerin

25 - Kampagnen zur Gewinnung von Fahrlehre-
 26 rinnen - Unterstützung bei beruflicher Wei-
 27 terqualifikation und Vernetzung

28

Begründung

30 Immer wieder machen Berichte über sexuel-
 31 le Belästigung in Fahrschulen Schlagzeilen. In
 32 einem Umfeld, das durch starke Abhängig-
 33 keit geprägt, eine besondere Nähe zwischen
 34 Fahrlehrkraft und Schüler*in und fehlende ex-
 35 terne Kontrolle ist die Gefahr für sexualisier-
 36 te Gewalt überdurchschnittlich hoch. Hier be-
 37 steht ein klarer Handlungsauftrag, um Schutz

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD setzt sich dafür ein die Fahrschul-
 ausbildung für alle sicher und chancengleich
 zu machen. Besonderes Augenmerk gilt dabei
 Mädchen und Frauen, die als Fahrschülerin-
 nen vor sexueller Belästigung geschützt wer-
 den sollten und als angehende Fahrlehrerin-
 nen gleiche Karrierechancen erhalten sollen.

Wir fordern:

1. Verbindliche Schutzkonzepte gegen sexuel-
 le Belästigung

- Einführung klarer Verhaltenskodizes - Schu-
 lungen für Fahrlehrerinnen und Fahrlehrern
 für eine sichere und respektvolle Ausbildung
 - Schaffung von anonymen Beschwerde- und
 Beratungsangeboten für Fahrschülerinnen
 mit verpflichtenden Informationen zu Beginn
 der Ausbildung

2. Gezielte Förderung von Frauen zum Beruf
 Fahrlehrerin

- Kampagnen zur Gewinnung von Fahrlehre-
 rinnen - Unterstützung bei beruflicher Wei-
 terqualifikation und Vernetzung

38 und Sicherheit verbindlich zu verankern.
39
40 Gleichzeitig ist die Fahrschule im Hinblick auf
41 das ausbildende Personal männerdominiert.
42 Momentan sind etwa 89% der Fahrlehrkräfte
43 männlich. Das Potential von Frauen in diesem
44 Beruf sollte wesentlich besser ausgeschöpft
45 werden. Frauen können dabei die Wahlfrei-
46 heit von Fahrschülerinnen stärken und den
47 Personalproblemen der Branche mit entge-
48 genwirken. Sozialdemokratische Verkehrs-
49 politik muss sicherstellen, dass Mobilität und
50 Ausbildung für alle sicher, fair und chancen-
51 gleich zugänglich sind.

L3**Abt. 16 - Grünes Dreieck****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****„Der Führerschein darf kein Privileg sein – sozial gerecht und klimabewusst mobil in Berlin“**

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Erwerb
 2 eines Führerscheins für junge Menschen, Aus-
 3 zubildende und Menschen mit geringem Ein-
 4 kommen spürbar günstiger und sozial ge-
 5 recht gestaltet wird, ohne dabei die klima-
 6 politischen Ziele der Stadt aus dem Blick zu
 7 verlieren. Gerade in einer vielfältigen Metro-
 8 pole wie Berlin darf Mobilität keine Frage
 9 des Geldbeutels sein. Ein Führerschein kostet
 10 bundesweit im Schnitt rund 3.300 Euro. Auch
 11 in Berlin überschreiten die Gesamtkosten
 12 häufig 3.000 Euro. Für viele junge Menschen,
 13 Auszubildende und Menschen mit geringem
 14 Einkommen ist das eine kaum überwindbare
 15 Hürde. Dabei ist der Führerschein nach wie
 16 vor notwendig, sei es im Schichtdienst, im
 17 Handwerk, in Pflegeverantwortung oder in
 18 Stadtrandlagen mit eingeschränktem ÖPNV.
 19 Um soziale Teilhabe zu sichern, braucht es
 20 grundlegende Reformen in der Führerscheinausbildung. Diese Reformen sollten eingebunden werden in die Verkehrswende und klimafreundlichere Wege das Auto zu benutzen mit integrieren.

25

Wir fordern:

- 27 • Den Fragenkatalog auf ein erträgliches
 28 Maß zu reduzieren (aktuell 1.040, TÜV
 29 Pressemitteilung 25.03.2025)
- 30 • Die Dauer der praktischen Prüfung ins-
 31 gesamt auf 45min zu deckeln (FeV An-
 32 lage 7, §17 Abs. 2)
- 33 • Eine öffentliche Diskussion zur Auf-
 34 weichung oder Abschaffung der Fahr-
 35 schulpflicht (Umgestaltung des §4, 1b
 36 Fahrschüler-Ausbildungsordnung.)
- 37 • Verpflichtende Einbindung von qualita-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Erwerb eines Führerscheins für junge Menschen, Auszubildende und Menschen mit geringem Einkommen spürbar günstiger und sozial gerecht gestaltet wird, ohne dabei die klimapolitischen Ziele der Stadt aus dem Blick zu verlieren. Gerade in einer vielfältigen Metropole wie Berlin darf Mobilität keine Frage des Geldbeutels sein. Ein Führerschein kostet bundesweit im Schnitt rund 3.300 Euro. Auch in Berlin überschreiten die Gesamtkosten häufig 3.000 Euro. Für viele junge Menschen, Auszubildende und Menschen mit geringem Einkommen ist das eine kaum überwindbare Hürde. Dabei ist der Führerschein nach wie vor notwendig, sei es im Schichtdienst, im Handwerk, in Pflegeverantwortung oder in Stadtrandlagen mit eingeschränktem ÖPNV. Um soziale Teilhabe zu sichern, braucht es grundlegende Reformen in der Führerscheinausbildung. Diese Reformen sollten eingebunden werden in die Verkehrswende und klimafreundlichere Wege das Auto zu benutzen mit integrieren.

Wir fordern:

- Den Fragenkatalog auf ein erträgliches Maß zu reduzieren (aktuell 1.040, TÜV Pressemitteilung 25.03.2025)
- Die Dauer der praktischen Prüfung insgesamt auf 45min zu deckeln (FeV Anlage 7, §17 Abs. 2)
- Eine öffentliche Diskussion zur Aufweichung oder Abschaffung der Fahr- schulpflicht (Umgestaltung des §4, 1b Fahrschüler-Ausbildungsordnung.)
- Verpflichtende Einbindung von qualitativen Theorie-Apps (mgf. Abomodell,

- 38 tiven Theorie-Apps (mglw. Abomodell,
39 staatliche App)
- 40 • Ermöglichung von Online-Unterricht
 - 41 zur Theorie (Umgestaltung des §4, 1b
 - 42 Fahrschüler-Ausbildungsordnung.)
 - 43 • Steuerliche Absetzung der ersten Prü-
 - 44 fung (Theorie und Praxis) Wegfall der
 - 45 MwSt. durch Kategorisierung des Füh-
 - 46 rerscheins als Erwachsenenbildung.
 - 47 • Einsatz von Fahrsimulatoren zur Absol-
 - 48 vierung der Schaltstunden und Ergän-
 - 49 zung der Praxis - Einsparung von Schalt-
 - 50 wagen
 - 51 • Absetzung des Alters für den Eintritt
 - 52 in die Fahrschule auf 16 Jahren (aktuell
 - 53 16,5)
 - 54 • Verlängerung der Sperrfrist bei Täu-
 - 55 schungsversuch bei der theoretischen
 - 56 Prüfung auf 18 Monate (aktuell 9)
 - 57 • Gezielte Förderung von Hybridfahrzeu-
 - 58 gen und Elektrofahrzeugen bei Fahr-
 - 59 schulen - Ladesäule an Fahrschule an-
 - 60 gebunden

61

62 **Begründung**

63 Begründungen der einzelnen Forderungen:

64

65 Reduzierung des Fragenkatalogs: Der theo-
66 retische Fragenkatalog umfasst aktuell 1.040
67 Fragen. Diese Zahl ist aus Sicht vieler Fach-
68 leute unverhältnismäßig hoch. Der ADAC kri-
69 tisiert, dass ein Teil der Fragen nicht sicher-
70 heitsrelevant ist. Eine Reduzierung würde die
71 Vorbereitung erleichtern, die Durchfallquote
72 senken und die Gesamtkosten senken, ohne
73 Abstriche bei der Verkehrssicherheit.

74

75 Deckelung der praktischen Prüfungsdauer:
76 Insgesamt ist die Dauer der praktischen Prü-
77 fung ist heute bei 55 Minuten festgeschrie-
78 ben. Anders als die konkrete Prüfungsdauer
79 ergibt sich diese Regelung national und nicht
80 aus im EU-Recht. Das führt zu längeren Prü-
81 fungen, mehr Personalaufwand und höheren
82 Gebühren. Eine einheitliche Obergrenze bei
83 45 Minuten wäre praxisnah, fair und würde

staatliche App)

- Ermöglichung von Online-Unterricht zur Theorie (Umgestaltung des §4, 1b Fahrschüler-Ausbildungsordnung.)
- Einsatz von Fahrsimulatoren zur Absolvierung der Schaltstunden und Ergänzung der Praxis - Einsparung von Schaltwagen
- Absetzung des Alters für den Eintritt in die Fahrschule auf 16 Jahren (aktuell 16,5)
- Verlängerung der Sperrfrist bei Täuschungsversuch bei der theoretischen Prüfung auf 18 Monate (aktuell 9)
- Gezielte Förderung von Hybridfahrzeugen und Elektrofahrzeugen bei Fahrschulen - Ladesäule an Fahrschule angebunden

84 sowohl Prüfende als auch Fahrschülerinnen
85 entlasten.

86

87 Öffnung der Fahrschulpflicht: Die verpflichtende Fahrschulausbildung hat über Jahre
88 hohe Qualitätsstandards gesichert. Heute ist
89 sie aber auch ein Teil des Problems: Es gibt
90 zu wenige Fahrlehrer und Fahrlehrerinnen
91 und lange Wartezeiten. Die gesetzliche Pflicht
92 könnte zugunsten eines flexibleren Modells
93 überarbeitet werden, das digitalen Unterricht, staatlich zertifizierte Eigenlernangebote und moderne Ausbildungsmethoden berücksichtigt.
94
95
96
97

98

99 Förderung von E- und Hybridfahrzeugen in
100 Fahrschulen: Fahrschulen können eine Vorreiterrolle bei der Verkehrswende einnehmen.
101 Der Umstieg auf Elektro- und Hybridfahrzeuge sollte durch gezielte Förderprogramme erleichtert werden. Ladesäulen an den Standorten sind eine notwendige Voraussetzung für die Alltagstauglichkeit.
102
103
104
105
106

107

108 Verpflichtender Einsatz qualitativ hochwertiger Lern-Apps: Digitale Lernhilfen sind heute
109 Standard, doch ihre Qualität ist oft ungleich
110 verteilt. Eine staatlich unterstützte App oder
111 ein öffentlich gefördertes Lizenzmodell könnte für gleiche Voraussetzungen sorgen und
112 insbesondere Schüler*innen mit wenig Geld
113 gezielt unterstützen
114
115

116

117 Ermöglichung von Online-Theorieunterricht: Während der Corona-Pandemie war digitaler
118 Theorieunterricht zeitweise möglich und erfolgreich. Eine dauerhafte rechtliche Grundlage für Online-Unterricht würde Flexibilität schaffen, Anfahrtswege sparen und die Vereinbarkeit mit Ausbildung oder Familie verbessern.
119
120
121
122
123
124

125

126 Steuerliche Absetzbarkeit der ersten Prüfung: Die Gebühren für die Theorie- und Praxisprüfung belaufen sich auf mehrere hundert Euro.
127
128
129 Eine steuerliche Absetzbarkeit der ersten Prü-

130 fungsversuche wäre eine gezielte Entlastung,
131 die besonders junge Menschen mit geringem
132 Einkommen unterstützt.

133

134 Einsatz von Fahr simulatoren: Fahr simulato-
135 ren können die Ausbildung effizienter und si-
136 cherer machen. Sie eignen sich besonders zur
137 Vorbereitung auf das Fahren mit Schaltwa-
138 gen, aber auch generell zur Simulation kom-
139 plexer Verkehrssituationen. Als ergänzendes
140 Lernmittel verbessern sie die Qualität der
141 Ausbildung, senken Kosten und schonen Um-
142 weltressourcen.

143

144 Absetzung des Alters den Eintritt in die Fahr-
145 schule auf 16 Jahren: Das begleitete Fahren
146 vor der Volljährigkeit ist eine sinnvolle Mög-
147 lichkeit frühzeitig das Autofahren zu erlernen
148 und hat vor allem in Bezug auf die Verkehrssi-
149 cherheit bisher Erfolge mit sich gebracht. Au-
150 ßerdem bleibt den Fahrschüler*innen somit
151 mehr Zeit zur Absolvierung ihrer Theorie- und
152 Praxisstunden, was Ihnen bei den Prüfungen
153 zum besseren Erfolg verhelfen kann. Um die
154 Vorteile des begleiteten Fahrens weiter aus-
155 zuschöpfen wollen wir den Beginn der Fahr-
156 schulausbildung mit Eintritt in das 17. Lebens-
157 jahr ermöglichen.

158

159 Verlängerung der Sperrfrist bei Täuschungs-
160 versuchen: Täuschungsversuche in der theo-
161 retischen oder praktischen Prüfung unter-
162 graben die Verkehrssicherheit. Die derzeitige
163 Sperrfrist von 9 Monaten wirkt zu milde. Eine
164 Verlängerung auf 18 Monate würde die Ernst-
165 haftigkeit der Ausbildung unterstreichen und
166 Fehlverhalten deutlicher sanktionieren.

167

168 Förderung von E- und Hybridfahrzeugen in
169 Fahrschulen: Fahrschulen können eine Vorrei-
170 terrolle bei der Verkehrswende einnehmen.
171 Der Umstieg auf Elektro- und Hybridfahrzeu-
172 ge sollte durch gezielte Förderprogramme er-
173 leichtert werden. Ladesäulen an den Standor-
174 ten sind außerdem eine notwendige Voraus-
175 setzung für die Alltagstauglichkeit.

L4**Abt. 2 - Alexanderplatz****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Sturzfrei durch die Stadt – für fahrradsichere Tramgleise in Berlin****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-
 2 nats, der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus
 3 und die SPD-Fraktionen in den Bezirksver-
 4 ordnetenversammlungen werden aufgefor-
 5 dert, ein berlinweites Programm zur Erhö-
 6 hung der Sicherheit von Radfahrenden an
 7 Straßenbahngleisen zu entwickeln und um-
 8 zusetzen. Dieses Programm soll nicht nur die
 9 systematische Umrüstung der Tramgleise auf
 10 fahrradsichere Systeme beinhalten, sondern
 11 auch eine baulich gesicherte Radverkehrs-
 12 führung entlang von Tramtrassen, die conse-
 13 quente Bekämpfung von Falschparken sowie
 14 ein begleitendes Monitoring.

15

16

17 Begründung

18

19 Die Notwendigkeit für ein solches Programm
 20 zeigt sich in den aktuellen Unfallzahlen. Al-
 21 lein im Jahr 2024 kam es in Berlin zu 133
 22 365 Verkehrsunfällen, bei denen 16 480 Men-
 23 schen verletzt und 55 getötet wurden – dar-
 24 unter elf Radfahrende. Das Risiko bleibt da-
 25 mit hoch und verlangt nach entschlosse-
 26 nem Handeln. Besonders gefährlich sind je-
 27 ne Schnittstellen, an denen Straßenbahngleise
 28 und Radverkehr unmittelbar nebeneinan-
 29 der verlaufen. Dort führen blockierte Radwe-
 30 ge oder in zweiter Reihe parkende Fahrzeuge
 31 regelmäßig dazu, dass Radfahrende gezwun-
 32 gen sind, in Gleisnähe auszuweichen – mit ei-
 33 nem erheblich erhöhten Unfallrisiko.

34

35 Innovative Verfahren bieten die Chance, ei-
 36 ne dauerhafte Lösung für dieses Sicherheits-
 37 problem zu schaffen. Entscheidend ist da-
 38 bei, dass ihre Praxistauglichkeit, Langlebig-

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-
 nats, der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus
 und die SPD-Fraktionen in den Bezirksver-
 ordnetenversammlungen werden aufgefor-
 dert, ein berlinweites Programm zur Erhö-
 hung der Sicherheit von Radfahrenden an
 Straßenbahngleisen zu entwickeln und um-
 zusetzen. Dieses Programm soll nicht nur die
 systematische Umrüstung der Tramgleise auf
 fahrradsichere Systeme beinhalten, sondern
 auch eine baulich gesicherte Radverkehrs-
 führung entlang von Tramtrassen, die conse-
 quente Bekämpfung von Falschparken sowie
 ein begleitendes Monitoring.

39 keit und Wartungsarmut gewährleistet sind.
40 In mehreren europäischen Städten laufen be-
41 reits vielversprechende Tests. Dabei werden
42 Rillenschienen mit einem speziellen Füllma-
43 terial versehen, das unter dem Gewicht der
44 Straßenbahn nachgibt, für Fahrradreifen je-
45 doch eine geschlossene und sichere Oberflä-
46 che bildet. Für Berlin bedeutet dies, dass er-
47 gebnisoffen geprüft werden muss, welches
48 Verfahren sich langfristig als das geeignets-
49 te erweist. Erst auf dieser Grundlage kann ei-
50 ne berlinweite Umsetzung erfolgen, die nicht
51 nur kurzfristige Verbesserungen bringt, son-
52 dern dauerhaft verlässlich wirkt.

53

54 Um die Unfallgefahr nachhaltig zu reduzie-
55 ren, reicht jedoch eine technische Lösung al-
56 lein nicht aus. Notwendig ist ein abgestimm-
57 tes Maßnahmenpaket, das sowohl die Gleis-
58 sicherung als auch die Gesamtverkehrssitua-
59 tion berücksichtigt. Dazu gehören:

- 60 • die systematische Identifikation und Prio-
61 risierung der Unfallschwerpunkte im Berliner
62 Straßenbahnnetz durch Konflikte mit dem
63 Radverkehr,
- 64 • die Umrüstung dieser Gefahrenstellen mit
65 einem fahrradsicheren Gleissystem, das sich
66 im Praxistest als am besten geeignet erweist,
- 67 • bauliche Sicherungen der Radwege entlang
68 von Tramtrassen, um Blockaden durch par-
69 kende Fahrzeuge zu verhindern,
- 70 • die konsequente Kontrolle und Ahndung
71 von Falschparken, insbesondere in zweiter
72 Reihe,
- 73 • sowie ein begleitendes Monitoring der Un-
74 fallzahlen, um die Wirksamkeit der Maßnah-
75 men transparent zu evaluieren.

76 Mit diesem Antrag bekennt sich die SPD klar
77 zur Vision Zero – dem Ziel, dass niemand im
78 Straßenverkehr getötet oder schwer verletzt
79 wird. Fahrradsichere Tramgleise, kombiniert
80 mit sicherer Radinfrastruktur, konsequenter
81 Kontrolle und transparenter Evaluation, sind
82 ein notwendiger Schritt für eine moderne, si-
83 chere und nachhaltige Verkehrspolitik in Ber-
84 lin.

L5

Abt. 04 - Luisenstadt**Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Umwidmung des 16. Bauabschnitts der A100 zu einer innerstädtischen Straße im BT-Verkehrsausschuss herbeiführen****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Kein Konsens)**

1 Um die Gefährdung für Fußgängerin-
 2 nen/Fußgänger und Radfahrerinnen/Radfah-
 3 rer zu senken und dem ÖPNV am Treptower
 4 Park wieder Vorrang zu geben, setzen sich die
 5 sozialdemokratischen Mitglieder des Abge-
 6 ordnetenhauses und Bundestages sowie des
 7 Senats und der Bundesregierung für eine Um-
 8 widmung der A100 auf dem 16. Bauabschnitt
 9 zu einer innerstädtischen Bundesstraße
 10 ein; Voraussetzung für eine ampelbasierte
 11 Steuerung des Verkehrsflusses, damit nur so
 12 viele Autos in die Elsenstraße abfließen, wie
 13 es der reguläre Verkehr zulässt.

14

15 Begründung

16 Die SenMVKU hat trotz fundierter Warnun-
 17 gen - und obwohl kein Verkehrskonzept exis-
 18 tierte - den Verkehrskollaps durch die Eröff-
 19 nung des 16. BA herbeigeführt. Die Leidtra-
 20 genden sind die Berlinerinnen und Berliner
 21 in Alt-Treptow, Friedrichshain-Kreuzberg und
 22 mittelbar durch die überfüllten Straßen auch
 23 Mitte.

Um die Gefährdung für Fußgängerin-
 nen/Fußgänger und Radfahrerinnen/Radfah-
 rer zu senken und dem ÖPNV am Treptower
 Park wieder Vorrang zu geben, setzen sich die
 sozialdemokratischen Mitglieder des Abge-
 ordnetenhauses und Bundestages sowie des
 Senats und der Bundesregierung für eine Um-
 widmung der A100 auf dem 16. Bauabschnitt
 zu einer innerstädtischen Bundesstraße
 ein; Voraussetzung für eine ampelbasierte
 Steuerung des Verkehrsflusses, damit nur so
 viele Autos in die Elsenstraße abfließen, wie
 es der reguläre Verkehr zulässt.

L6**Abt. 04 - Luisenstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Jetski-Wellenreiten auf Berliner Wasserstraßen untersagen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des
 2 AGH und die sozialdemokratischen Mitglie-
 3 der des Senats setzen sich für ein Verbot
 4 des Führens von Wassermotorrädern auf
 5 den Berliner Wasserstraßen ein und zielen
 6 dabei auf entsprechende Änderungen bzw.
 7 Länderklauseln in den Bundesregelwerken,
 8 insbesondere die Verordnung über das
 9 Fahren mit Wassermotorrädern auf den Bin-
 10 nenschifffahrtsstraßen (Wassermotorräder-
 11 Verordnung).

12

13 Begründung

14 Die Anzahl der Jetskis steigt seit Jahren ex-
 15 ponentiell mit daraus resultierenden großen
 16 Gefahren für Wassersportlerinnen und Was-
 17 sersportler. Jetskis fahren auf den Berliner
 18 Wasserstraßen (Höchstgeschwindigkeit Fluss
 19 10 km/h, Kanal 8 km/h) in einer von un-
 20 serer Landeswasserschutzpolizei quasi nicht
 21 kontrollierbaren Grauzone, sog. Wanderfahr-
 22 ten: "Fahrten mit einem festen Ausgangs-
 23 punkt und einem festen Zielpunkt, bei der die
 24 einzelnen Wegpunkte des Streckenverlaufs
 25 nicht mehr als zweimal passiert werden."
 26 Diese Vorgabe gepaart mit der geltenden
 27 Höchstgeschwindigkeit nimmt einer Jetski-
 28 Fahrt jeglichen Spaß und jeden Sinn. Die
 29 gefühlte Straflosigkeit aufgrund der kompli-
 30 zierten Ahndungslage führt bei immer mehr
 31 Bootsführerinnen und Bootsführern zu Risi-
 32 kobereitschaft und Respektlosigkeit gegen-
 33 über schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen
 34 und Verkehrsteilnehmern. Traditionssportar-
 35 ten wie Rudern, Paddeln und Segeln leiden
 36 darunter.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des
 AGH und die sozialdemokratischen Mitglie-
 der des Senats setzen sich für ein Verbot
 des Führens von Wassermotorrädern auf
 den Berliner Wasserstraßen ein und zielen
 dabei auf entsprechende Änderungen bzw.
 Länderklauseln in den Bundesregelwerken,
 insbesondere die Verordnung über das
 Fahren mit Wassermotorrädern auf den Bin-
 nenschifffahrtsstraßen (Wassermotorräder-
 Verordnung).

L7**Abt. 04 - Luisenstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Grüne Lungen Berlins nicht kollabieren lassen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des
2 AGH setzen sich bei den Haushaltsverhand-
3 lungen für den Doppelhaushalt 2026/27
4 insbesondere für die Rücknahme der massi-
5 ven Kürzungen bei der grünen Infrastruktur
6 ein, um den Verfall der bezirklichen Grün-
7 anlagen zu verhindern. Sie verteidigen das
8 Stadtgrün als Naherholung-, Rückzugs- und
9 Begegnungsort; insbesondere für die Berline-
10 rinnen und Berliner, die keine eigene Terrasse
11 oder keinen eigenen Garten besitzen.

12

13

14 Begründung

15 Angesichts häufiger auftretende Trockenpe-
16 rioden, Hitzewellen und Extremwetter sind
17 gezielte Bewässerung, Nachpflanzungen und
18 klimaangepasste Pflegemaßnahmen nötiger
19 denn je. Nicht zuletzt für den Gesundheits-
20 schutz der Bevölkerung und den begonnenen
21 Umbau zur Schwammstadt.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des
AGH setzen sich bei den Haushaltsverhand-
lungen für den Doppelhaushalt 2026/27
insbesondere für die Rücknahme der massi-
ven Kürzungen bei der grünen Infrastruktur
ein, um den Verfall der bezirklichen Grün-
anlagen zu verhindern. Sie verteidigen das
Stadtgrün als Naherholung-, Rückzugs- und
Begegnungsort; insbesondere für die Berline-
rinnen und Berliner, die keine eigene Terrasse
oder keinen eigenen Garten besitzen.

L8**Abt 12 - Nord-Wedding****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Teure Schuldenfalle stoppen – Dispozinsen gesetzlich begrenzen**

- 1 Die SPD setzt sich für eine wirksame gesetzli-
- 2 che Begrenzung von Dispositions- und Über-
- 3 ziehungszinsen ein.
- 4 Die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 5 Bundesregierung, der Bundestagsfraktion
- 6 sowie in den entsprechenden Gremien wer-
- 7 den erbeten, folgende Regelung umzusetzen:
- 8 1. Dispositions- und Überziehungszinsen
- 9 sind allgemein und einheitlich auf ma-
- 10 ximal 2 Prozentpunkte über dem jewei-
- 11 ligen Basiszinssatz der EZB gesetzlich zu
- 12 begrenzen.
- 13 2. Kreditinstitute sind verpflichtet,
- 14 Kund:innen bei dauerhafter Inan-
- 15 spruchnahme von Dispokrediten auf
- 16 günstigere Alternativen hinzuweisen
- 17 und entsprechende Umschuldungen
- 18 aktiv anzubieten.
- 19 3. Automatisierte Kündigungen von Dis-
- 20 pokrediten ohne individuelle Prüfung
- 21 und Beratung sind unzulässig.

23 Begründung

24 Die aktuellen Zinserhöhungen der Europäi-
25 schen Zentralbank haben dazu geführt, dass
26 Dispositionszinsen vieler Banken auf 9 bis
27 12 % angestiegen sind. Besonders betroffen
28 sind Haushalte mit geringem Einkommen, die
29 häufig auf Dispokredite angewiesen sind.
30 Während wohlhabendere Kund:innen güns-
31 tige Kreditkonditionen erhalten, zahlen ein-
32 kommensschwache Verbraucher:innen Spit-
33 zenzinsen. Diese Praxis verschärft soziale Un-
34 gleichheit, fördert Überschuldung und wirkt
35 wie ein „Strafzins für Armut“.
36 Eine Begrenzung auf nur 2 Prozentpunkte
37 über dem Basiszinssatz stellt sicher, dass Ban-
38 ken weiterhin einen Risikoaufschlag verlan-

39 gen können, ohne Wucherzinsen zu erheben.
40 Zugleich werden Verbraucher:innen effektiv
41 geschützt und Überschuldungsrisiken redu-
42 ziert.
43 Damit wird die SPD ihrem Anspruch gerecht,
44 soziale Gerechtigkeit auch im Finanzmarkt
45 durchzusetzen und Verbraucherrechte wirk-
46 sam zu stärken.

L9**Abt. 12 - Nord-Wedding****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Die SPD setzt sich für eine grundlegende
 2 Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im
 3 Erbschaftsteuerrecht ein. Ziel ist es, Miss-
 4 brauchsmöglichkeiten zu schließen, Steuer-
 5 gerechtigkeit herzustellen und die Belastung
 6 gerechter zwischen großen Unternehmens-
 7 vermögen und normalen Erb:innen zu vertei-
 8 len.

9 Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung,
 10 der Bundestagsfraktion sowie in den entspre-
 11 chenden Gremien werden aufgefordert, fol-
 12 gende Maßnahmen umzusetzen

13

14 1. Prüfung des Gesamtvermögens: Bei der
 15 Bedarfsprüfung ist nicht nur das Ver-
 16 mögen der erwerbenden Person, son-
 17 dern das gesamte Familienvermögen
 18 (Ehepartner, Kinder, enge Verwandte)
 19 einzubeziehen.

20 2. Strenge Offenlegungspflichten: Einfüh-
 21 rung umfassender Transparenz über in-
 22 und ausländisches Vermögen; bei un-
 23 vollständigen oder falschen Angaben
 24 greifen Sanktionen.

25 3. Klare Härtefalldefinition: Steuererlass
 26 nur bei nachweisbarer Gefahr der Insol-
 27venz oder Zerschlagung des Unterneh-
 28 mens.

29 4. Mindestbesteuerung: Einführung
 30 einer verpflichtenden Mindeststeu-
 31 er, um vollständige Steuerfreiheit
 32 auszuschließen.

33 5. Unterscheidung nach Unternehmens-
 34 gröÙe: Die Bedarfsprüfung soll aus-
 35 schließlich für kleine und mittlere Be-
 36 triebe gelten; Großkonzerne und Hol-
 37 dingstrukturen sind auszuschließen.

38 6. Nachversteuerung bei Veräußerung:

Die SPD setzt sich für eine grundlegende
 Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im
 Erbschaftsteuerrecht ein. Ziel ist es, Miss-
 brauchsmöglichkeiten zu schließen, Steuer-
 gerechtigkeit herzustellen und die Belastung
 gerechter zwischen großen Unternehmens-
 vermögen und normalen Erb:innen zu vertei-
 len.

Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung,
 der Bundestagsfraktion sowie in den entspre-
 chenden Gremien werden aufgefordert, fol-
 gende Maßnahmen umzusetzen

1. Prüfung des Gesamtvermögens: Bei der
 Bedarfsprüfung ist nicht nur das Ver-
 mögen der erbenden Person, sondern
 das gesamte Familienvermögen (Ehe-
 partner, Kinder, enge Verwandte) einzu-
 beziehen.

2. Strenge Offenlegungspflichten: Einfüh-
 rung umfassender Transparenz über in-
 und ausländisches Vermögen; bei un-
 vollständigen oder falschen Angaben
 greifen Sanktionen.

3. Klare Härtefalldefinition: Steuererlass
 nur bei nachweisbarer Gefahr der Insol-
 venz oder Zerschlagung des Unterneh-
 mens.

4. Mindestbesteuerung: Einführung
 einer verpflichtenden Mindeststeu-
 er, um vollständige Steuerfreiheit
 auszuschließen.

5. Unterscheidung nach Unternehmens-
 gröÙe: Die Bedarfsprüfung soll aus-
 schließlich für kleine und mittlere Be-
 triebe gelten; Großkonzerne und Hol-
 dingstrukturen sind auszuschließen.

6. Nachversteuerung bei Veräußerung:
 Bei Verkauf oder Zerschlagung des

39 Bei Verkauf oder Zerschlagung des
40 Betriebs innerhalb von zehn Jahren
41 nach Erbschaft oder Schenkung ist die
42 erlassene Steuer nachzuzahlen.

43 7. Regelmäßige Evaluation: Überprüfung
44 der Regelung alle fünf Jahre durch Bun-
45 destag und Finanzausschuss.

46

47 **Begründung**

48 Die Verschonungsbedarfsprüfung wurde als
49 Härtefallregelung eingeführt, um Familien-
50 unternehmen im Erbfall vor dem Zwangs-
51 verkauf zu schützen. In der Praxis zeigt sich
52 jedoch, dass diese Regelung in erheblichem
53 Umfang missbraucht wird:

- 54 • Wohlhabende Erb:innen können sich
55 „arm rechnen“, indem sie ihr Privat-
56 vermögen verschieben oder Unterneh-
57 menswerte künstlich aufblähen.
- 58 • Große Unternehmensgruppen nutzen
59 Holding-Konstruktionen, um Vermö-
60 genswerte als Betriebsvermögen zu
61 deklarieren.
- 62 • Der Staat verzichtet dadurch auf erheb-
63 liche Steuereinnahmen, während klei-
64 ne Erb:innen ohne Betriebsvermögen
65 keine vergleichbaren Erleichterungen
66 erhalten.

67 Das führt zu einer **ungleichen und unge-**
68 **rechten** Steuerpraxis, die Vermögenskonzen-
69 tration verstärkt und das Vertrauen in die
70 Steuergerechtigkeit schwächt. Ausgerechnet
71 die größten Unternehmensvermögen profi-
72 tieren, während Normalbürger:innen die vol-
73 le Steuerlast tragen.

74 Die SPD steht für Steuergerechtigkeit und so-
75 zialen Zusammenhalt. Mit den vorgeschla-
76 gen Reformen wird die Verschonungsbe-
77 darfsprüfung wieder auf ihren ursprüngli-
78 chen Zweck zurückgeführt: den Schutz echter
79 Familienbetriebe in Härtefällen. Missbrauch
80 durch aggressive Steuervermeidung wird ver-
81 hindert, die Gleichbehandlung aller Erb:in-
82 nen gestärkt und die Finanzierung des Ge-
83 meinwesens gesichert.

Betriebs innerhalb von zehn Jahren
nach Erbschaft oder Schenkung ist die
erlassene Steuer nachzuzahlen.

7. Regelmäßige Evaluation: Überprüfung
der Regelung alle fünf Jahre durch Bun-
destag und Finanzausschuss.

L10**Abt. 12 Nord-Wedding****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Landespräventionsgesetz verwirklichen**

1 Die Vertreter:innen der SPD im Senat und
 2 im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert,
 3 sich für eine zeitnahe Verabschiedung des an-
 4 gekündigten Landespräventionsgesetzes ein-
 5 zusetzen.

6 Das Landespräventionsgesetz soll insbeson-
 7 dere folgende Punkte beinhalten:

8

9 • Die gemeinsame Präventionsarbeit ge-
 10 gen häusliche Gewalt, Gewalt auf Stra-
 11 ßen, Plätzen, in Parks, öffentlichen Nah-
 12 verkehr sowie gegen Gewalt im Inter-
 13 net ist sicherzustellen.

14 • Die Angebote zur Suchtprävention, ins-
 15 besondere Beratungs- und Selbsthilfe-
 16 angebote, Substitution und aufsuchen-
 17 de Sozialarbeit, sind auszubauen und
 18 zu stärken.

19 • Öffentliche Räume sollen entlastet
 20 werden, indem Drogenkonsumräume
 21 und Spritzenprogramme ausgebaut so-
 22 wie sichere Spritzenabwurfstellen und
 23 geschützte Orte für die Trinkerszene
 24 geschaffen werden.

25 • Bezirkspräventionsräte und das Landes-
 26 konzept „Berlin gegen Gewalt“ sind mit
 27 ausreichenden finanziellen und perso-
 28 nellen Mitteln auszustatten. Kiezori-
 29 entierte Maßnahmen zur gewaltfrei-
 30 en Konfliktlösung und Stärkung des Si-
 31 cherheitsempfindens vor Ort sind zu
 32 fördern.

33 • Bei Neu- und Umgestaltung öf-
 34 fentlicher Plätze, Grünanlagen und
 35 Bahnhofseingängen sind dunkle Ecken
 36 und Angsträume zu vermeiden oder
 37 zu beseitigen; städtebauliche Kri-
 38 minalprävention und feministische

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

Die Vertreter:innen der SPD im Senat und
 im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert,
 sich für eine zeitnahe Verabschiedung des an-
 gekündigten Landespräventionsgesetzes ein-
 zusetzen.

Das Landespräventionsgesetz soll insbeson-
 dere folgende Punkte beinhalten:

- Die gemeinsame Präventionsarbeit ge-
 gen häusliche Gewalt, Gewalt auf Stra-
 ßen, Plätzen, in Parks, öffentlichen Nah-
 verkehr sowie gegen Gewalt im Inter-
 net ist sicherzustellen.

- Die Angebote zur Suchtprävention, ins-
 besondere Beratungs- und Selbsthilfe-
 angebote, Substitution und aufsuchen-
 de Sozialarbeit, sind auszubauen und
 zu stärken.

- Öffentliche Räume sollen entlastet
 werden, indem Drogenkonsumräume
 und Spritzenprogramme ausgebaut so-
 wie sichere Spritzenabwurfstellen und
 geschützte Orte für die Trinkerszene
 geschaffen werden.

- Bezirkspräventionsräte und das Landes-
 konzept „Berlin gegen Gewalt“ sind mit
 ausreichenden finanziellen und perso-
 nellen Mitteln auszustatten. Kiezori-
 entierte Maßnahmen zur gewaltfrei-
 en Konfliktlösung und Stärkung des Si-
 cherheitsempfindens vor Ort sind zu
 fördern.

- Bei Neu- und Umgestaltung öf-
 fentlicher Plätze, Grünanlagen und
 Bahnhofseingängen sind dunkle Ecken
 und Angsträume zu vermeiden oder
 zu beseitigen; städtebauliche Kri-
 minalprävention und feministische
 Stadtplanung sind von Anfang an zu

- 39 Stadtplanung sind von Anfang an zu
40 berücksichtigen.
- 41 • Die Bekämpfung der Jugendkriminali-
42 tät bleibt Schwerpunkt; Präventions-
43 programme sind fortzusetzen und aus-
44 zubauen, zusätzliche Freizeit- und Fort-
45 bildungsangebote für Jugendliche zu
46 schaffen.
 - 47 • Der Schutz und die Teilhabe der Men-
48 schen in ihrer Vielfalt sind besonders zu
49 fördern. Die Unterstützung von Betrof-
50 fenen und Opfern gruppenbezogener
51 Hassgewalt und extremistischer Ge-
52 walt, insbesondere im digitalen Raum,
53 ist zu verstärken.
 - 54 • Präventionsangebote müssen für alle
55 verständlich und zugänglich sein, etwa
56 durch Dolmetscher:innen und Materia-
57 lien in einfacher Sprache.

58

59 **Begründung**

60 Prävention ist sozialdemokratische Gesell-
61 schaftspolitik und trägt maßgeblich zur Si-
62 cherheit und Lebensqualität in Berlin bei. Die
63 Vielschichtigkeit von Gewalt-, Sucht- und Dis-
64 kriminierungslagen erfordert einen systemi-
65 schen, ressortübergreifenden Ansatz, der un-
66 terschiedlichste Lebensrealitäten einbezieht.
67 Ein Landespräventionsgesetz ermöglicht es,
68 vorhandene Strukturen zu stärken und neue
69 Angebote gezielt zu schaffen, mit besonderem
70 Fokus auf gefährdete Zielgruppen und auf die
71 Sicherheit öffentlicher Räume.

72 Präventionsarbeit ist eine gesamtgesell-
73 schaftliche Querschnittsaufgabe, die sowohl
74 die Hilfesysteme als auch die urbane Infra-
75 struktur adressiert. Um Berlins Vielfalt und
76 die Teilhabe aller Bürger:innen zu sichern,
77 müssen Angebote barrierearm und auch für
78 marginalisierte Gruppen verständlich und
79 erreichbar sein. Eine wirksame Präventions-
80 politik ist Ausdruck sozialer Verantwortung
81 und unterstützt den gesellschaftlichen
82 Frieden in unserer wachsenden, diversen
83 Stadt.

berücksichtigen.

- Die Bekämpfung der Jugendkriminali-
tät bleibt Schwerpunkt; Präventions-
programme sind fortzusetzen und aus-
zubauen, zusätzliche Freizeit- und Fort-
bildungsangebote für Jugendliche zu
schaffen.
- Der Schutz und die Teilhabe der Men-
schen in ihrer Vielfalt sind besonders zu
fördern. Die Unterstützung von Betrof-
fenen und Opfern gruppenbezogener
Hassgewalt und extremistischer Ge-
walt, insbesondere im digitalen Raum,
ist zu verstärken.
- Präventionsangebote müssen für alle
verständlich und zugänglich sein, etwa
durch Dolmetscher:innen und Materia-
lien in einfacher Sprache.

L11

AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit**Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Clearingstelle stärken: Zugang zu medizinischer Versorgung für alle**

1 In Berlin leben ungefähr 60.000 Menschen
 2 ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz. Seit 2018 unterstützt eine Clearingstelle Betroffene mit Beratung und Kostenübernahmen für notwendige Behandlungen. Doch die Finanzierung bleibt unsicher und strukturelle Hürden erschweren die Unterstützung. Daher fordern wir die SPD-
 3 Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und
 4 den Senat auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

12

- 13 1. Die Clearingstelle in Berlin wird verste-
- 14 tigt und somit dauerhaft gesichert aus-
- 15 finanziert.
- 16 2. Mit den Berliner Sozialämtern und den
- 17 Berliner Krankenhäusern werden verbindliche Vereinbarungen zur Refinanzierung von Notfallbehandlungen für nicht krankenversicherte Personen geschlossen.
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22 3. Bürokratische Hürden und Kompetenz-
- 23 ersplitterungen in den Behörden werden abgebaut und Anträge wie vorläufige Leistungsgewährungen im Krankheitsfall schneller bearbeitet.
- 24
- 25
- 26
- 27 4. Es wird geprüft, ob eine elektroni-
- 28 sche Gesundheitskarte oder eine Ber-
- 29 lin City ID Card die aktuell gedeckel-
- 30 ten Einzelfall-Behandlungsscheine ersetzen können.
- 31
- 32

Begründung

34 Trotz bestehender Versicherungspflicht leben
 35 in Berlin sehr viele Menschen, die keinen oder
 36 nur einen eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Dazu gehören

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

In Berlin leben ungefähr 60.000 Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz. Seit 2018 unterstützt eine Clearingstelle Betroffene mit Beratung und Kostenübernahmen für notwendige Behandlungen. Doch die Finanzierung bleibt unsicher und strukturelle Hürden erschweren die Unterstützung. Daher fordern wir die SPD-
 Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und den Senat auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Die Clearingstelle in Berlin wird verste-
- tigt und somit dauerhaft gesichert aus-
- finanziert.
2. Mit den Berliner Sozialämtern und den Berliner Krankenhäusern werden verbindliche Vereinbarungen zur Refinanzierung von Notfallbehandlungen für nicht krankenversicherte Personen geschlossen.
3. Bürokratische Hürden und Kompetenzersplitterungen in den Behörden werden abgebaut und Anträge wie vorläufige Leistungsgewährungen im Krankheitsfall schneller bearbeitet.
4. Es wird geprüft, ob eine elektronische Gesundheitskarte oder eine Berlin City ID Card die aktuell gedeckelten Einzelfall-Behandlungsscheine ersetzen können.

38 Wohnungslose, EU-Bürger*innen ohne gesi-
39 cherten Anspruch, Menschen mit prekärem
40 Aufenthaltsstatus oder Personen, die durch
41 Beitragsrückstände aus der Krankenversiche-
42 rung herausgefallen sind. Sie müssen im me-
43 dizinischen Notfall zwar behandelt werden,
44 aber die Krankenhäuser bleiben häufig min-
45 destens vorerst auf den angefallenen Kosten
46 sitzen, da es keine verbindlichen Vereinba-
47 rungen zur Refinanzierung gibt.

48 Zwar versucht die Clearingstelle seit 2018
49 mit ihrem Angebot einen Teil der vorhande-
50 nen Lücken, ist aber durch ihren Projektcha-
51 rakter in ihrer Finanzierung nicht dauerhaft
52 gesichert. Durch die aktuelle Praxis kommt
53 es regelmäßig zu Verzögerungen, die dem
54 Grundrecht auf Leben und körperliche Unver-
55 sehrtheit widersprechen. Krankenhäuser se-
56 hen sich gezwungen, aufwändig mit verschie-
57 denen Sozialämtern zu verhandeln, während
58 Patient*innen dringend auf Hilfe angewiesen
59 sind. Dadurch wird das gesamte System be-
60 lastet und ein diskriminierungsfreier Zugang
61 zu medizinischer Behandlung verhindert.

62 Die Clearingstelle braucht eine stabile Finan-
63 zierung, um ihre Arbeit langfristig fortzufüh-
64 ren. Verbindliche Vereinbarungen zwischen
65 Sozialämtern und Krankenhäusern schaffen
66 Planungssicherheit und sorgen dafür, dass
67 Notfallbehandlungen zügig refinanziert wer-
68 den. Gleichzeitig müssen Verwaltungsverfahren
69 vereinfacht werden, damit Leistungen
70 schneller gewährt werden können. Langfris-
71 tig ist zu prüfen, ob moderne Lösungen wie
72 eine elektronische Gesundheitskarte oder ei-
73 ne Berlin City ID Card die bisherigen Behand-
74 lungsscheine ersetzen und damit den Zugang
75 zur Versorgung erleichtern können. Als SPD
76 müssen wir uns dafür einsetzen, dass Ge-
77 sundheit nicht vom Versicherungsstatus ab-
78 hängt. Nur so stellen wir sicher, dass alle Men-
79 schen in Berlin im Krankheitsfall die notwen-
80 dige Versorgung erhalten.

L12**AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Koalitionsvertrag in Leichter Sprache**

1 Demokratie lebt davon, dass möglichst viele
2 Menschen nachvollziehen können, worüber
3 politisch entschieden wird und welche Zie-
4 le eine Regierung verfolgt. Damit das ge-
5 lingt, müssen zentrale politische Texte nicht
6 nur veröffentlicht, sondern auch für alle ver-
7 ständlich sein. Wir fordern die SPD Berlin da-
8 her auf, folgende Maßnahme umzusetzen:
9 Der Koalitionsvertrag 2026 bis 2031 des Lan-
10 des Berlin wird in Leichter Sprache veröffent-
11 licht.

12

13 Begründung

14 Der Koalitionsvertrag ist die Grundlage für
15 die politischen Leitlinien und Vorhaben der
16 nächsten fünf Jahre. Damit sich alle Berli-
17 ner*innen ein Bild davon machen können,
18 braucht es eine niedrigschwellige Darstel-
19 lung. Dabei ist die Fachsprache für viele eine
20 Hürde. Das gilt sowohl für behinderte Men-
21 schen als auch für Personen mit Lernschwie-
22 rigkeiten, Menschen mit Deutsch als Zweit-
23 sprache oder für diejenigen, die im Alltag we-
24 nig mit politischer Ausdrucksweise zu tun ha-
25 ben. Im Sinne der Demokratieförderung ist es
26 daher geboten, den Koalitionsvertrag zusätz-
27 lich in Leichter Sprache bereitzustellen.

L13**AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit**

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wahlprogramm in Leichter Sprache

1 Demokratie lebt davon, dass möglichst viele
2 Menschen nachvollziehen können, worüber
3 politisch entschieden wird und welche Zie-
4 le eine Regierung verfolgt. Damit das ge-
5 lingt, müssen zentrale politische Texte nicht
6 nur veröffentlicht, sondern auch für alle ver-
7 ständlich sein. Wir fordern die SPD Berlin da-
8 her auf, folgende Maßnahme umzusetzen:
9 Das Wahlprogramm der SPD zur Abgeordne-
10 tenhauswahl 2026 wird in Leichter Sprache
11 veröffentlicht.

12

13 Begründung

14 Das Wahlprogramm bildet die inhaltliche
15 Grundlage für die Positionen der SPD im
16 Wahlkampf und zeigt den Bürger*innen, mit
17 welchen Zielen sie antritt.
18 Damit sich alle Berliner*innen ein Bild da-
19 von machen können, braucht es eine nied-
20 rigschwellige Darstellung. Dabei ist die Fach-
21 sprache für viele eine Hürde. Das gilt sowohl
22 für behinderte Menschen als auch für Perso-
23 nen mit Lernschwierigkeiten, Menschen mit
24 Deutsch als Zweitsprache oder für diejenigen,
25 die im Alltag wenig mit politischer Fachspra-
26 che zu tun haben. Im Sinne der Demokratie-
27 förderung ist es daher geboten, das Wahlpro-
28 gramm zusätzlich in Leichter Sprache bereit-
29 zustellen.

L14**Abteilung 06 - Moabit-Nord****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verlagerung, Erweiterung und Neugestaltung der Bruno-Lösche-Bibliothek in Moabit**

1 dass die Bruno-Lösche-Bibliothek, derzeit
 2 untergebracht in der Perleberger Straße
 3 33, bis zur Realisierung des landeseige-
 4 nen Neubaus in der Turmstraße in neu
 5 anzumietende Räumlichkeiten im Neubau-
 6 Geschäftshaus Stromstraße Ecke Turmstraße
 7 (gegenüber dem Schultheiss-Quartier)
 8 verlegt wird, sofern der Eigentümer der
 9 aktuellen Räumlichkeiten keine Renovierung
 10 und Erweiterung anbieten kann. Hilfsweise
 11 – und um eine Option für die Mietvertrags-
 12 verhandlungen zu haben – könnten auch
 13 leerstehende Flächen im Gebäudekomplex
 14 des Schultheiss-Quartiers für die Bruno-
 15 Lösche-Bibliothek angemeldet werden. Hier
 16 kann die Bibliothek erweitert und an ak-
 17 tuelle Nutzendenzahlen und -bedürfnisse
 18 angepasst werden.

19

Begründung

21 Die Bruno-Lösche-Bibliothek ist im aktuellen
 22 Standort in stark renovierungsbedürftigen
 23 Räumen untergebracht und in ihrem Fortbe-
 24 stand gefährdet. Der Eigentümer der derzei-
 25 tig von der Bibliothek genutzten Flächen ver-
 26 folgt mit dem Gesamtkomplex in der Perle-
 27 berger Straße Ecke Havelberger Straße neue
 28 Pläne. Außerdem muss die Bibliothek für heu-
 29 tige Nutzungsbedürfnisse erweitert und ver-
 30 ändert werden. Ein adäquater Neubau auf
 31 landeseigenen Grundstücken an der Turm-
 32 straße 22/23 verzögert sich mit dem Bau-
 33 start aus Gründen der Lage des Berliner Lan-
 34 deshaushaltes bis mindestens 2028. Vor 2032
 35 wird kein Neubau dort bezogen werden kön-
 36 nen, davon muss man leider ausgehen.
 37 Die Unternehmensgruppe Leopold Stiefel
 38 plant, an der Turmstraße Ecke Stromstraße

dass die Bruno-Lösche-Bibliothek, derzeit
 untergebracht in der Perleberger Straße
 33, bis zur Realisierung des landeseigen-
 en Neubaus in der Turmstraße in neu
 anzumietende Räumlichkeiten im Neubau-
 Geschäftshaus Stromstraße Ecke Turmstraße
 (gegenüber dem Schultheiss-Quartier)
 verlegt wird, sofern der Eigentümer der
 aktuellen Räumlichkeiten keine Renovierung
 und Erweiterung anbieten kann. Hilfsweise
 – und um eine Option für die Mietvertrags-
 verhandlungen zu haben – könnten auch
 leerstehende Flächen im Gebäudekomplex
 des Schultheiss-Quartiers für die Bruno-
 Lösche-Bibliothek angemeldet werden. Hier
 kann die Bibliothek erweitert und an ak-
 tuelle Nutzendenzahlen und -bedürfnisse
 angepasst werden.

39 einen Komplex mit Wohn- und Geschäfts-
40 häusern zu bauen. Flächen für Einzelhandel,
41 Büros und 120 Wohnungen sollen dabei
42 entstehen. Der Entwurf des Stuttgarter Büros
43 Steimle Architekten sieht im Erdgeschoss
44 und teilweise auch im ersten Obergeschoss
45 Einzelhandelsflächen vor. In den beiden
46 darüber liegenden Etagen sollen Arztpraxen
47 und Büros eingerichtet werden. Die Bruttoge-
48 schossfläche für diese gewerbliche Nutzung
49 soll knapp 8.000 Quadratmeter umfassen.
50 Auf weiteren, rund 12.000 Quadratmetern
51 Bruttogeschossfläche sollen 120 Wohnungen
52 entstehen.

53 Für die Bruno-Lösche-Bibliothek bestehen
54 hier bei einer Anmietung gute Vorausset-
55 zungen. Es könnte für einen Zeitraum von
56 8– 10 Jahren ein sehr gutes, im Zentrum
57 von Moabit gelegenes, modernes Biblio-
58 theksangebot bereitgestellt werden. Mit
59 einer Steigerung der Nutzendenzahlen an
60 diesem Standort ist zu rechnen. Außer-
61 dem wird Leerstand in den Einzelhandels-
62 und Gewerbeflächen des Neubaus Strom-
63 straße Ecke Turmstraße vermieden. Auch
64 im Schultheiss-Quartier der HGH Berlin
65 gegenüber stehen viele Gewerbe- und Einzel-
66 handelsflächen leer, das Center wurde zuletzt
67 auf im Wesentlichen nur noch eine Etage
68 verkleinert. Denkbar wäre deshalb auch, die
69 Bibliothek im Schultheiss-Quartier in neu
70 herzurichtende Flächen einzumieten. Dies
71 ist auch aus Wettbewerbsgesichtspunkten
72 (Mietverhandlungen mit kommerziellen
73 Immobilieneigentümern) sinnvoll weiter in
74 Betracht zu ziehen.

75 Abschließend sei noch klar hervorgehoben,
76 dass diese Lösung einen Übergang und
77 eine zeitnahe Qualitätsverbesserung für die
78 Bruno-Lösche-Bibliothek ermöglichen soll,
79 keinesfalls soll damit auf den geplanten
80 Neubau an der Turmstraße 22/23 verzichtet
81 werden.

L15**Abt. 02 - Alexanderplatz****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Keine Überwachung durch Palantir – Grundrechte schützen, demokratische Kontrolle stärken**

1 Die SPD lehnt den Einsatz von Softwarelösungen des Unternehmens Palantir Technologies bei Sicherheits- und Polizeibehörden in Berlin, auf Bundesebene sowie in allen anderen Bundesländern ab.

6 Der Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich in der Bundesregierung für einen sofortigen Ausstieg aus bestehenden Projekten mit Palantir einzusetzen und den Abschluss neuer Verträge zu verhindern.

12 Die SPD setzt sich für eine gesetzliche Klarstellung ein, dass sicherheitsrelevante IT-Infrastruktur in öffentlicher Hand oder bei vertrauenswürdigen, europäischen Anbietern liegen muss, die den strengen Datenschutz- und Grundrechtsstandards der EU unterliegen.

19 Statt auf intransparente privatwirtschaftliche Anbieter zu setzen, sollen Polizei- und Sicherheitsbehörden in Berlin, im Bund und in den Ländern in den Aufbau eigener, staatlich kontrollierter und quelloffener IT-Lösungen investieren.

25

26 Begründung

27 Der Einsatz von Software des US-Unternehmens Palantir im Bereich der polizeilichen Datenanalyse ist mit erheblichen Risiken für Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung und demokratische Kontrolle verbunden. Palantir hat seinen Sitz in den USA und unterliegt damit dem US-amerikanischen Recht, einschließlich des Cloud Act, der US-Behörden weitreichende Zugriffe auf gespeicherte Daten ermöglicht – auch wenn diese auf Servern in der EU

38 liegen. Damit besteht die reale Gefahr, dass
39 hochsensible personenbezogene Daten aus
40 polizeilichen Ermittlungen in den Zugriff
41 ausländischer Behörden geraten.

42 Darüber hinaus ist die Arbeitsweise der
43 Palantir-Software intransparent. Die Algo-
44 rithmen, die zur Analyse und Verknüpfung
45 großer Datenmengen eingesetzt werden,
46 sind proprietär und nicht öffentlich überprüf-
47 bar. Das widerspricht dem Grundsatz, dass
48 staatliche Eingriffe in Grundrechte demo-
49 kratisch kontrollierbar und für Bürger*innen
50 nachvollziehbar sein müssen. Eine „Black
51 Box“-Technologie, deren Funktionsweise
52 weder Parlamenten noch unabhängigen Da-
53 tenschutzbehörden vollständig offengelegt
54 wird, hat im sensiblen Bereich der inneren
55 Sicherheit nichts zu suchen.

56 Die SPD steht für den Schutz der Grund-
57 rechte und für eine Sicherheitspolitik, die auf
58 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Vertrau-
59 en setzt. Der Einsatz von Palantir konterka-
60 riert diese Prinzipien. Statt milliardenschwe-
61 re Aufträge an private Überwachungskonzer-
62 ne mit engen Verbindungen zu Peter Thiel zu
63 vergeben, müssen öffentliche Gelder in die
64 Entwicklung eigener, sicherer und quelloffe-
65 ner Systeme investiert werden, die europäi-
66 sche Datenschutzstandards erfüllen und un-
67 ter voller demokratischer Kontrolle stehen.

68 Nur so kann gewährleistet werden, dass Si-
69 cherheit nicht auf Kosten der Freiheit erkauft
70 wird und die digitale Souveränität unseres
71 Landes gestärkt wird. Die SPD sagt klar: Keine
72 Überwachung durch Palantir – weder in Ber-
73 lin, noch bundesweit.

L16**Abt. 02 - Alexanderplatz****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Kein Konsens)****„Für offene Grenzen: Rücknahme der stationären Grenzkontrollen – für ein solidarisches, vereintes Europa“**

1 1. Die SPD fordert die sofortige Beendigung aller stationären Grenzkontrollen an den deutschen Landgrenzen, die über die gesetzlich zulässigen und europarechtlich engen Ausnahmen hinausgehen.

2 2. Der Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, in der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Politik der dauerhaften Binnengrenzkontrollen betreibt und sich in der EU aktiv gegen jede Verstetigung solcher Maßnahmen einsetzt.

3 3. Die SPD lehnt es entschieden ab, europäische Grundfreiheiten und das Schengen-Abkommen aus innenpolitischem Kalkül oder symbolpolitischen Gründen zu unterlaufen.

4 4. Statt nationaler Abschottung muss die SPD auf eine vollständige und solidarische Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, den Schutz der Außengrenzen im Rahmen gemeinsamer Verantwortung und eine faire Verteilung Schutzsuchender in der EU drängen

25

Begründung

Die aktuellen stationären Grenzkontrollen an deutschen Landgrenzen sind politisch kurz-sichtig, europarechtlich zweifelhaft und schaden dem Zusammenhalt in der Europäischen Union. Sie untergraben das Schengen-System, dessen offener Grenzverkehr nicht nur ein wirtschaftlicher Vorteil, sondern ein zentrales politisches Versprechen Europas ist. Dauerhafte Binnengrenzkontrollen sind kein geeignetes Mittel, um Migration zu steuern oder Sicherheit zu erhöhen – sie sind Sym-

1. Die SPD fordert die sofortige Beendigung aller stationären Grenzkontrollen an den deutschen Landgrenzen, die über die gesetzlich zulässigen und europarechtlich engen Ausnahmen hinausgehen.

2. Der Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, in der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Politik der dauerhaften Binnengrenzkontrollen betreibt und sich in der EU aktiv gegen jede Verstetigung solcher Maßnahmen einsetzt.

3. Die SPD lehnt es entschieden ab, europäische Grundfreiheiten und das Schengen-Abkommen aus innenpolitischem Kalkül oder symbolpolitischen Gründen zu unterlaufen.

4. Statt nationaler Abschottung muss die SPD auf eine vollständige und solidarische Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, den Schutz der Außengrenzen im Rahmen gemeinsamer Verantwortung und eine faire Verteilung Schutzsuchender in der EU drängen

38 bolpolitik, die Misstrauen zwischen Mitglied-
39 staaten sät, wirtschaftliche Schäden verur-
40 sacht und das Risiko diskriminierender Kon-
41 trollen erhöht.

42

43 Das europäische Recht erlaubt solche Kon-
44 trollen nur in klar begründeten Ausnahmefäl-
45 len und für begrenzte Zeit. Die derzeitige Pra-
46 xis stellt faktisch eine Aushöhlung dieser Re-
47 gel dar und läuft der Idee eines grenzenlosen
48 Europas zuwider. Wer Europa ernst nimmt,
49 muss auf gemeinsame Lösungen setzen: soli-
50 darische Aufnahme, rechtsstaatliche Verfah-
51 ren, Schutz der Außengrenzen und eine faire
52 Verteilung in der EU.

53

54 Die SPD darf sich nicht an einer Politik betei-
55 ligen, die europäische Errungenschaften preis-
56 gibt, um innenpolitischen Druck zu entschär-
57 fen. Wir stehen für ein Europa, das offen, so-
58 lidarisch und handlungsfähig ist – und nicht
59 für einen Flickenteppich aus Schlagbäumen
60 und Stacheldraht. Offene Grenzen sind ein
61 Kernstück unserer Freiheit. Sie zu verteidigen,
62 ist nicht nur europäische Pflicht, sondern so-
63 zialdemokratisches Selbstverständnis.

64

L17**Abt. 16 - Grünes Dreieck****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Wozu machen wir den Scheiss eigentlich? - Verbindliche Umsetzung und Nachverfolgung von Beschlüssen**

1 Wir fordern die SPD-Bezirksverordneten, die
 2 Mitglieder der SPD-Fraktion des Abgeord-
 3 netenhauses und die Mitglieder der SPD-
 4 Bundestagsfraktion auf, sich für eine konse-
 5 quentere Umsetzung der Beschlusslage der
 6 SPD einzusetzen.

7

8 Das umfasst vor allem:

9

- 10 1. Verantwortlichkeit: Für jeden an-
 11 genommenen Antrag benennt die
 12 zuständige Fraktion eine verantwort-
 13 liche Mandatsträgerin oder einen
 14 verantwortlichen Mandatsträger für
 15 die Umsetzung. Dies gilt auch bei
 16 Verweisung eines Antrags in andere
 17 Gremien.
- 18 2. Berichtspflicht: Die verantwortliche
 19 Person legt spätestens innerhalb von
 20 zwölf Monaten nach Beschlussfassung
 21 (Erledigungsfrist) dar, wie der Beschluss
 22 zum Gegenstand der parlamentari-
 23 schen Arbeit gemacht wurde.
- 24 3. Dokumentation im Antragstool: Die Er-
 25 ledigungsfrist als auch die Rückmel-
 26 dung durch den oder die Verantwort-
 27 liche ist im Antragstool der jeweiligen
 28 Ebene zu dokumentieren. Erfolgt kei-
 29 ne Rückmeldung innerhalb der Frist, ist
 30 dies im Antragstool entsprechend zu
 31 kennzeichnen.
- 32 4. Fristverlängerung mit Begründung:
 33 Konnte der Beschluss innerhalb der
 34 Frist (noch) nicht umgesetzt werden,
 35 begründet der oder die Verantwort-
 36 liche dies im Antragstool und setzt

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern die SPD-Bezirksverordneten,
 die Mitglieder der SPD-Fraktion des Ab-
 geordnetenhauses, die Mitglieder der
 SPD-Bundestagsfraktion und die Europaab-
 geordnete auf, sich für eine konsequentere
 Umsetzung der Beschlusslage der SPD
 einzusetzen.

Das umfasst vor allem:

1. Verantwortlichkeit: Für jeden an-
 genommenen Antrag benennt die
 zuständige Fraktion eine verantwort-
 liche Mandatsträgerin oder einen
 verantwortlichen Mandatsträger für
 die Umsetzung. Dies gilt auch bei
 Verweisung eines Antrags in andere
 Gremien.
2. Berichtspflicht: Die verantwortliche
 Person legt spätestens innerhalb von
 zwölf Monaten nach Beschlussfassung
 (Erledigungsfrist) dar, wie der Beschluss
 zum Gegenstand der parlamentari-
 schen Arbeit gemacht wurde.
3. Dokumentation im Antragstool: Die Er-
 ledigungsfrist als auch die Rückmel-
 dung durch den oder die Verantwort-
 liche ist im Antragstool der jeweiligen
 Ebene zu dokumentieren. Erfolgt kei-
 ne Rückmeldung innerhalb der Frist, ist
 dies im Antragstool entsprechend zu
 kennzeichnen.
4. Fristverlängerung mit Begründung:
 Konnte der Beschluss innerhalb der
 Frist (noch) nicht umgesetzt werden,
 begründet der oder die Verantwort-
 liche dies im Antragstool und setzt
 eine neue, letzte Frist von längstens 12

37 eine neue, letzte Frist von längstens 12
38 Monaten.

39 5. Die Formulierung „Erledigt durch Über-
40 nahme im Parteiprogramm“ gilt nicht
41 als zufriedenstellende Reaktion auf den
42 Beschluss.

43

44 **Begründung**

45 Die Erarbeitung und Beschlussfassung von
46 Anträgen ist Kern der innerparteilichen Wil-
47 lensbildung. Viele Mitglieder sind jedoch
48 frustriert, weil beschlossene Anträge nicht
49 oder nur verzögert umgesetzt werden und
50 der Stand der Dinge intransparent bleibt. Kla-
51 re Verantwortlichkeiten, feste Fristen und ei-
52 ne verbindliche Dokumentation im Antrags-
53 tool schaffen Transparenz, erhöhen die Ver-
54 bindlichkeit unserer Beschlüsse und stärken
55 die parlamentarische Umsetzung.

Monaten.

5. Die Formulierung „Erledigt durch Über-
nahme im Parteiprogramm“ gilt nicht
als zufriedenstellende Reaktion auf den
Beschluss.

L18**Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Einführung einer progressiven Leerstandssteuer**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-
2 nats von Berlin und des Berliner Abgeord-
3 netenhauses werden aufgefordert, eine ge-
4 setzliche Regelung für eine progressive Leer-
5 standssteuer zu erarbeiten und umzusetzen,
6 die auf Wohnimmobilien erhoben wird, wenn
7 diese länger leerstehen.

8 Ziel ist es, Eigentümer dazu zu bewegen,
9 leerstehenden Wohnraum wieder dem Miet-
10 markt zuzuführen und so das Wohnungsan-
11 gebot zu erhöhen.

12

13 Begründung

14 Trotz großen Platzangebots in Berlin schießen
15 die Mieten in die Höhe, da die Wohnungs-
16 nachfrage das Angebot bei weitem über-
17 steigt. Zu diesem Ungleichgewicht trägt vor
18 allem die unzureichende Nutzung verfügba-
19 rer Flächen und leerstehender Immobilien
20 bei.

21

22 Neben ungenutzten Grundstücken und Ge-
23 werbeimmobilien gibt es in Berlin derzeit
24 mehr als 40.000 leerstehende Wohnungen.
25 Wenn es gelänge, diese Leerstände dem Miet-
26 markt zuzuführen, würde dies sofort mehr
27 Angebot bereitstellen und das Mietniveau
28 senken.

29

30 Anstatt die Situation allein dem Markt zu
31 überlassen (der das Problem nicht lösen
32 wird, da leer stehende Wohnungen auf-
33 grund steigender Immobilienpreise aus spe-
34 kulativen Gründen gehalten werden) oder
35 bei der momentanen Regulierung (Zweckent-
36 fremdungsverbot) zu belassen, schlagen wir
37 die progressive Leerstandssteuer vor.

38

39 Die progressive Leerstandssteuer setzt Immo-
40 bilieneigentümer unter finanziellen Druck,
41 ihr Eigentum für den Wohnungsmarkt freizu-
42 geben, da sie mit einer immer höheren Steuer
43 belastet werden, wenn sie sich entscheiden,
44 ihr Eigentum dem Wohnungsmarkt vorzuent-
45 halten.

46

47 Rechtlich lässt sich die progressive Leer-
48 standssteuer auf Landesebene als Auf-
49 wandsteuer umsetzen (ähnlich wie die
50 Zweitwohnungssteuer). Die Leerstandssteu-
51 er ergänzt die bestehende Gesetzgebung in
52 Berlin und kann ein Baustein für eine bessere
53 Wohnraumnutzbarmachung sein.

Ini Initiativanträge

Ini1

Susanne Fischer, Abt. 12 Mitzeichner: Maja Lasic, Abt. 9, Luca Tilly, Abt. 10. Mathias Schulz, Abt. 23

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Prävention stärken – soziale Infrastruktur sichern – Verstärkungsmittel erhalten!

1 Die SPD fordert ihre Mitglieder im Abgeord-
2 netenhaus, im Landesvorstand und im Senat
3 dazu auf, sich entschieden dafür einzusetzen,
4 dass die Verstärkungsmittel für die Berliner
5 Bezirke in vollem Umfang erhalten bleiben.
6 Eine Streichung dieser Mittel würde zentra-
7 le präventive und soziale Angebote der Bezir-
8 ke massiv gefährden, da sie eine wesentliche
9 Voraussetzung für die Finanzierung und Si-
10 cherung von präventiven Angeboten und so-
11 zialer Infrastruktur in den Bezirken darstellen.

12

13 Konkret gilt es:

- 14 • die im Haushalt 2026/27 vorgesehenen
15 Mittel, insbesondere die etwa sechs
16 Millionen Euro für die Parkläufer in den
17 Berliner Parks, vollständig zu sichern
18 und die Finanzierung dieser wichtigen
19 Arbeitsbereiche nicht zu gefährden,
- 20 • die aufsuchende Sozialarbeit im Be-
21 zirk Mitte, die wohnungslose und
22 vulnerable Menschen im öffentlichen
23 Raum unterstützt, nachhaltig und
24 bedarfsgerecht auszustatten,
- 25 • die wichtige Arbeit von Initiativen wie
26 „Fixpunkt“ im Bereich der Drogenprä-
27 vention und Unterstützung suchtmittel-
28 gefährdeter Menschen zu gewähr-
29 leisten und auch personell und finansi-
30 ell zu stärken,
- 31 • alternative Finanzierungswege zu prü-
32 fen und zu entwickeln, damit soziale
33 und präventive Angebote in den Bezir-
34 ken nicht länger von den freiwilligen
35 Leistungen der Bezirke abhängig sind,
- 36 • weitere Kürzungen in der sozialen Infra-
37 struktur und in präventiven Maßnah-

Die SPD fordert ihre Mitglieder im Abgeord-
netenhaus, im Landesvorstand und im Senat
dazu auf, sich entschieden dafür einzusetzen,
dass die Verstärkungsmittel für die Berliner
Bezirke in vollem Umfang erhalten bleiben.
Eine Streichung dieser Mittel würde zentra-
le präventive und soziale Angebote der Bezir-
ke massiv gefährden, da sie eine wesentliche
Voraussetzung für die Finanzierung und Si-
cherung von präventiven Angeboten und so-
zialer Infrastruktur in den Bezirken darstellen.
Konkret gilt es:

- die im Haushalt 2026/27 vorgesehenen
Mittel, insbesondere die etwa sechs
Millionen Euro für die Parkläufer in den
Berliner Parks, vollständig zu sichern
und die Finanzierung dieser wichtigen
Arbeitsbereiche nicht zu gefährden,
- die aufsuchende Sozialarbeit im Be-
zirk Mitte, die wohnungslose und
vulnerable Menschen im öffentlichen
Raum unterstützt, nachhaltig und
bedarfsgerecht auszustatten,
- die wichtige Arbeit von Initiativen wie
„Fixpunkt“ im Bereich der Drogenprä-
vention und Unterstützung suchtmittel-
gefährdeter Menschen zu gewähr-
leisten und auch personell und finansi-
ell zu stärken,
- alternative Finanzierungswege zu prü-
fen und zu entwickeln, damit soziale
und präventive Angebote in den Bezir-
ken nicht länger von den freiwilligen
Leistungen der Bezirke abhängig sind,
- weitere Kürzungen in der sozialen Infra-
struktur und in präventiven Maßnah-
men in den Bezirken zu verhindern, da

men in den Bezirken zu verhindern, da sie die Lebensqualität, Sicherheit und Teilhabe in den Quartieren erheblich beeinträchtigen würden.

42

43 Dazu gehört insbesondere:

- 44 • den vollständigen Erhalt der Verstärkungsmittel gegen drohende Kürzungen im Abgeordnetenhaus und Senat politisch durchzusetzen,
- 46 • durch die Mitglieder der SPD Mitte im Senat und im Landesvorstand sicherzustellen, dass alternative Konsolidierungsvorschläge erarbeitet werden, die nicht zu Lasten der Bezirke und deren Präventionsarbeit gehen,
- 48 • darauf hinzuwirken, dass finanzielle Mittel für soziale Stabilität, Prävention und Integration nicht unter dem Druck kurzfristiger Sparvorgaben geopfert werden.

59

60 **Begründung**

61 Die Bezirke tragen im Alltag die Hauptverantwortung für das Gelingen von Präventionsarbeit, sozialer Unterstützung, Teilhabe und funktionierender Infrastruktur in den Kiezen. Gerade in Berlin-Mitte sind die sozialen Herausforderungen besonders groß – Armut, Bildungsungleichheit und wachsende soziale Problemlagen erfordern tragfähige Strukturen vor Ort.

70 Die Parkläufer leisten eine unverzichtbare Arbeit in den Berliner Parks, fördern Sauberkeit, Sicherheit und Konfliktprävention und entlasten Polizei und Ordnungsämter. Ein Wegfall dieser Mittel hätte negative Auswirkungen auf die Aufenthaltsqualität und die soziale Kontrolle öffentlicher Grünflächen, was insbesondere für den Bezirk Mitte besorgniserregend ist.

79 Gleichzeitig bietet die aufsuchende Sozialarbeit im öffentlichen Raum eine wichtige Schnittstelle für Menschen in prekären Lebenssituationen, insbesondere Obdachlose und andere vulnerable Gruppen. Sie schafft

sie die Lebensqualität, Sicherheit und Teilhabe in den Quartieren erheblich beeinträchtigen würden.

Dazu gehört insbesondere:

- den vollständigen Erhalt der Verstärkungsmittel gegen drohende Kürzungen im Abgeordnetenhaus und Senat politisch durchzusetzen,
- durch die Mitglieder der SPD Mitte im Senat und im Landesvorstand sicherzustellen, dass alternative Konsolidierungsvorschläge erarbeitet werden, die nicht zu Lasten der Bezirke und deren Präventionsarbeit gehen,
- darauf hinzuwirken, dass finanzielle Mittel für soziale Stabilität, Prävention und Integration nicht unter dem Druck kurzfristiger Sparvorgaben geopfert werden.

84 Vertrauen, ermöglicht niedrigschwelligen Zu-
85 gang zu Angeboten und trägt zur sozialen
86 Stabilisierung bei.

87 Darüber hinaus ist die drogenpräventive Ar-
88 beit von „Fixpunkt“ eine essenzielle Unter-
89 stützung für Menschen mit Suchtproblemen
90 im Bezirk Mitte. Fixpunkt bietet Beratung, Be-
91 gegnung und Begleitung mit einem ganzheit-
92 lichen Ansatz, der viel zur sozialen Integrati-
93 on und zur Reduktion von Risiken im öffentli-
94 chen Raum beiträgt.

95 Diese drei Bereiche sind unverzichtbare Säu-
96 len präventiven Handelns im Bezirk, die zur
97 sozialen Stabilität, öffentlichen Sicherheit
98 und zur Lebensqualität beitragen. Die finansi-
99 elle Absicherung und Weiterentwicklung die-
100 ser Angebote ist daher eine politische Prio-
101 rität und darf nicht durch Einsparungen ge-
102 fährdet werden.

103 Die Verstärkungsmittel sind ein zentrales
104 Werkzeug dafür, dass die Bezirke diese Aufga-
105 ben erfüllen können. Sie stellen sicher, dass
106 präventive Angebote aufrechterhalten wer-
107 den, die langfristig nicht nur soziale Stabilität
108 fördern, sondern auch kostenintensive Folge-
109 schäden für die Gesellschaft vermeiden.

110 Eine Kürzung dieser Mittel würde die Hand-
111 lungsmöglichkeiten der Bezirke massiv ein-
112 schränken und hätte fatale Folgen für die Prä-
113 ventionsarbeit. Stattdessen müssen Einspar-
114 potenziale an anderer Stelle geprüft und al-
115 ternative Maßnahmen erarbeitet werden.

116

117 Die SPD Mitte bekräftigt daher: Prävention
118 stärken statt kaputtsparen – Verstärkungs-
119 mittel erhalten!

Ini2**Jusos Mitte****Ari bleibt im öffentlichen Raum – Für ein feministisches Erinnern an die Opfer sexualisierter Gewalt**

1 Die Friedensstatue „Ari“ im Berliner Bezirk
2 Mitte ist ein wichtiges Mahnmal gegen se-
3 xualisierte Gewalt in Kriegen. Sie erinnert
4 an die Opfer des Systems der sogenannten
5 „Trostfrauen“ und steht zugleich für eine fe-
6 ministische, antirassistische und dekoloniale
7 Erinnerungspolitik.
8 Doch aktuell ist der Verbleib der Statue mas-
9 siv bedroht: Der Bezirk Mitte hat die Entfer-
10 nung der Statue bis zum 7. Oktober 2025 an-
11 geordnet. Sollte dieser Anordnung nicht ge-
12 folgt werden, droht dem Koreaverband, der
13 sich seit Jahren für den Erhalt der Statue ein-
14 setzt, eine Strafzahlung von 3.000 Euro. Da-
15 mit wird eine zivilgesellschaftliche Initiative
16 kriminalisiert, die genau das tut, was Poli-
17 tik und Verwaltung eigentlich unterstützen
18 müssten: Erinnerung sichern und feministi-
19 sche Perspektiven sichtbar machen.
20 Bereits Anfang des Jahres entschied das Ver-
21 waltungsgericht Berlin, dass Ari zumindest
22 bis zum 28. September 2025 im öffentlichen
23 Raum stehen bleiben darf. Dieser Tag rückt
24 nun immer näher und die Unsicherheit um
25 die Zukunft der Statue wächst. Für die Betrof-
26 fenen, die Überlebenden und ihre Unterstüt-
27 zer*innen ist dies ein unhaltbarer Zustand:
28 Ein Erinnerungsort, der eigentlich dauerhaft
29 geschützt sein müsste, steht unter perma-
30 nentem Abbaudruck.
31 Gerade jetzt braucht es ein klares Signal von
32 Berlin. Statt sich dem Druck der japanischen
33 Regierung und antifeministischen Kräften zu
34 beugen, muss die Stadt Verantwortung über-
35 nehmen. Eine Entfernung der Statue wür-
36 de die Stimmen der Überlebenden erneut
37 marginalisieren und ein fatales Zeichen set-
38 zen: dass sexualisierte Gewalt im Krieg ver-
39 drängt und die Forderungen nach Gerechtig-
40 keit überhört werden.

41 Lasst uns endlich deutlich machen: Wir geben
42 nicht auf! Ari muss bleiben und zwar dort wo
43 sie ist!

44 Daher fordern wir:

- 45 1. Die Abbaufürung gegen die Frie-
46 densstatue Ari zurückzunehmen und si-
47 cherzustellen, dass die Statue dauer-
48 haft an ihrem Standort im öffentlichen
49 Raum in Moabit verbleiben kann.
- 50 2. Keine Strafzahlungen gegen den Korea-
51 verband zu verhängen, der sich seit Jah-
52 ren für feministische Erinnerungspoli-
53 tik und gegen das Vergessen einsetzt.
- 54 3. Den dauerhaften Erhalt der Friedens-
55 statue an ihrem Standort durch eine
56 rechtlich gesicherte Lösung, in Einver-
57 ständnis mit dem Koreaverband.